

Zusammenfassung Umwelt-Gipfel Johannesburg 2002

Sind die Ergebnisse des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung eine nachhaltige Enttäuschung geworden?

Aus Protest gegen den Kompromiss, den die Delegierten aus 191 teilnehmenden Staaten nach zehn Tagen verabschiedeten, verließen 20 Delegierte aus internationalen Umweltorganisationen demonstrativ den Konferenzsaal. Ohne konkrete Zielsetzungen für die Bekämpfung von Umweltproblemen und Armut ist dieser Gipfel verstrichen, er sei ein „Verbrechen“ sagte der Präsident von „Friends of the Earth“.

Dies sei ein Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung geworden, bilanzierte der BUND, weil die Nachhaltigkeit den Interessen der Wirtschaft geopfert wurde. Die Deutsche Welthungerhilfe prophezeite gar das Ende derartiger UN-Megagipfel, weil es zu keiner Einigung im Streit um die Abschaffung der Agrarsubventionen in den Industriestaaten gekommen sei. Der ausgehandelte Aktionsplan zum Schutz der Umwelt und zum Kampf gegen die Armut umfasst 152 Punkte zu den Themen erneuerbare Energien, Klimaschutz, Trinkwasser und Artenschutz.

Für den Bereich der **Trinkwasserversorgung** konnte eine einigermaßen klare Einigung erzielt werden, so soll der Anteil der derzeit 2,4 Milliarden Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung haben, bis 2015 um die Hälfte gesenkt werden. Die Europäische Union werde für diesen Bereich 1,4 Mrd EUR zur Verfügung stellen, davon würden 350 Mio EUR aus deutschen Töpfen kommen.

Durch diese Beschlüsse zu Trinkwasser und Sanitärversorgung werden die Nationen gezwungen, künftig mehr Geld für die Entwicklung des ländlichen Raums auszugeben. Da z.B. 70 Prozent des weltweiten Süßwassers von der Landwirtschaft verbraucht werden, müsse künftig mehr für eine nachhaltige Landbewirtschaftung getan werden. Der EU – Kommissionspräsident Prodi kündigte an, zukünftig einen Teil der aus dem Abbau „handelsverzerrender“ Agrarsubventionen frei werdenden Mittel in die Entwicklungshilfe fließen zu lassen.

Erneuerbare Energien

Zu nur vagen Vereinbarungen kam es im Bereich der erneuerbaren Energien, wonach der Anteil erneuerbarer Energien am weltweiten Verbrauch dringend substantiell erhöht werden soll. Dieses Thema sollte eigentlich gar nicht auf die Tagesordnung des Gipfels gelangen, daher ist es auch nicht gelungen, ein quantifizierbares Ziel für den Anteil erneuerbarer Energien zu vereinbaren, trotz erheblicher Anstrengungen gerade auch durch die deutsche Regierung. Als unverantwortliches Verhalten gegenüber den Problemen der Menschheit bezeichnete der Präsident von Eurosolar die Blockade der globalen Energiewende, es sei keine Überraschung, dass die OPEC – Staaten gemeinsam mit den USA eine globale Initiative für erneuerbare Energien verhindert haben. Jetzt müssten Eigeninitiativen nationaler Regierungen oder Staatengruppen greifen, so solle Deutschland die Initiative für die Gründung einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien ergreifen. Die EU – Kommission wird aufgefordert, den in Johannesburg geforderten 15 % - Anteil für erneuerbare Energien weltweit bis 2010 für sich selbst umzusetzen und die Priorität in ihrer Entwicklungshilfe auf erneuerbare Energien zu setzen.

Bundeskanzler Schröder und Umweltminister Trittin kündigten für die nächsten 5 Jahre 500 Mio für erneuerbare Energien in den Entwicklungsländern und 500 Mio EUR für die Verbesserung

der Energieeffizienz, gerade auch in den Entwicklungsländern an. Ein Impuls für die Entwicklung erneuerbarer Energien soll durch eine internationale Konferenz ausgehen, die demnächst in Bonn stattfinden soll. Ein wichtiges Signal für den Klimaschutz geht trotz der US-amerikanischen Weigerung zum Kyoto-Protokoll vom Gipfel aus, weil Russland, Kanada und China die Ratifizierung und damit das Inkrafttreten des Abkommens angekündigt haben. Für den Bereich der **Biologischen Vielfalt** soll bis 2010 der Rückgang des Artenreichtums deutlich reduziert werden; dabei ist zu beachten, dass die Entwicklungsländer, die Leistungen erbringen, tatsächlich dann auch einen entsprechenden Ausgleich erhalten. Bis 2015 soll die anhaltende Vernichtung der Weltfischbestände reduziert werden.

Chemiepolitik

Ein wesentliches Signal ist die Zielvereinbarung, bis 2020 die signifikant schädlichen Effekte der Nutzung von Chemikalien für Umwelt und Gesundheit zu minimieren, indem Risikoversorge und Risikomanagement vorangetrieben werden sollen. Als Ziel wurde auch das Inkrafttreten der Rotterdam – Konvention bis 2003 und der Stockholm – POPs -Konvention bis 2004 vereinbart. Bis 2005 soll eine Strategie zum internationalen Chemikalien – Management entwickelt werden und bis 2008 wird ein neues global abgestimmtes System zur Klassifizierung und Kennzeichnung von Chemikalien durchgesetzt werden. Bis 2005 sollen die Staaten nationale Strategien zur Nachhaltigen Entwicklung formulieren und mit der Umsetzung beginnen, dafür sind Gesetze zu erlassen, die öffentliche Partizipation soll gefördert werden und Räte zur Nachhaltigen Entwicklung eingesetzt werden.

Der Johannesburger Aktionsplan ist zu finden:

www.johannesburgsummit.org/html/documents/summit_docs.html